Fachzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

E 5604

Der Vollzugsdienst

6/2010 - 57. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Zum Weihnachtsfest und Jahreswechsel

Jahresrückblick des BSBD-Bundesvorsitzenden Anton Bachl

Seite 1

Der BSBD erneuert seine Forderung nach Mindestlöhnen

Die Privatisierung fördert das Lohndumping

Seite 2

Der Hessische Justizvollzug ist personell am Ende

Gewerkschaftstag des BSBD Hessen gegen Personalkürzungen

Seite 23

Landwirtschaftliche Außenstelle der JVA Freiburg

Lesen Sie im Fachteil dieser Ausgabe: Kriminalität von Aussiedlern, Teil 3

Landeshauptvorstand tagte am 05. November 2010 in Flein

Wahl von Alexander Schmid zum Landesvorsitzenden als Nachfolger von Ernst Steinbach

„Wo der Hahn kräht“ heißt das Hotel in Flein, wo der Landeshauptvorstand am 05. November 2010 seine Herbsttagung abhielt. „Wenn der Hahn kräht“ ist es meist früher Morgen und gewissermaßen ein Neuanfang. Diesen gab sich auch der Landeshauptvorstand mit der Wahl von Alexander Schmid aus Konstanz zum neuen Landesvorsitzenden. Er erfüllte damit zugleich den lange gehegten Wunsch des scheidenden Landesvorsitzenden Ernst Steinbach, den Vorsitz des BSBD-Landesverbandes Baden-Württemberg in die jüngeren Hände eines aktiven Vollzugsbeamten zu legen. Durch den Verbleib der weiteren Vorstandsmitglieder in ihren Ämtern wird auch die Kontinuität in der erfolgreichen Verbandsarbeit gewährleistet, die von Ernst Steinbach maßgeblich geprägt worden ist und die von Alexander Schmid mit dem ein oder anderen neuen Akzent fortgesetzt werden wird.

Doch zunächst der Reihe nach:

Eröffnung der Tagung und Begrüßung

Als Vorsitzender begrüßte noch **Ernst Steinbach** um 9.15 Uhr die aus allen Landesteilen angereisten Mitglieder des Landeshauptvorstandes.

Für die Tagesordnung stellte er als Schwerpunkte die gerade im Landtag von Baden-Württemberg verabschiedete Dienstrechtsreform und die Probleme der teilprivatisierten JVA Offenburg heraus. Hierzu erwartete er auch entsprechende Äußerungen der Landtagsabgeordneten und Strafvollzugsbeauftragten von der CDU- und SPD-Fraktion: die Abgeordneten **Karl Zimmermann** (CDU) und **Nikolaos Sakellariou** (SPD), die – ebenso wie der Bürgermeister der Gemeinde Flein – ihr Kommen zugesagt hatten.

Er gab seiner Freude Ausdruck, dass auch der Anstaltsleiter der JVA Heilbronn – Ltd. Regierungsdirektor **Hans-Hartwig Dickemann** – ein Grußwort sprechen wolle.

Ein besonders herzlicher Gruß galt den beiden **Ehrenmitgliedern Wolfgang Kneip** und **Wolfram Müller**. Einen sehr freundlichen schriftlichen Gruß verlas der Landesvorsitzende von dem **Ehrenmitglied Hermann Scham**, der es sehr bedauerte, dass er aufgrund seines Alters nicht mehr an den Vorstandssitzungen teilnehmen könne.

Vom Ortsverband Heilbronn begrüßte er dessen Vorsitzenden **Thomas Stuntz** und das weitere Vorstandsmitglied **Lars Rinklin** und er dankte sehr für die ausgezeichnete Vorbereitung und Organisation der Tagung. Sein herzlicher Gruß galt ebenso dem Sprecher für die Fachgruppe **Werkdienst Wolfgang Neureuther.** Als neues Mitglied des Landeshauptvorstandes hieß der Vorsitzende **Steinbach** den neuen Ortsverbandsvorsitzenden von Heidelberg – **Roland Kunz** – herzlich willkommen. Ebenso dankte er dem langjährigen Vorsitzenden **Hubert Weber** für seine Vorstandsarbeit im Ortsverband Heidelberg.

Der scheidendende Landesvorsitzende Ernst Steinbach (rechts), mit seinem Nachfolger Alexander Schmid.

Zu seinem Bedauern konnte der Vorsitzende **Marita Tisljar**, die Fachgruppensprecherin der weiblichen Bediensteten, nicht begrüßen. Sie hatte sich entschuldigt, doch der Vorsitzende gratulierte ihr in Abwesenheit sehr herzlich zu ihrem neuen Amt als Vollzugsdienstleiterin in der Justizvollzugsanstalt für Frauen in Schwäbisch Gmünd. Schließlich begrüßte er auch den Direktionsbevollmächtigten für den öffentlichen Dienst – **Hartmut Landbeck** – von der AXA/DBV.

Auch der OV-Vorsitzende von Heilbronn – **Kollege Stuntz** – begrüßte die Anwesenden im schönen Sitzungssaal des Hotels und gab einige Hinweise zum weiteren organisatorischen Ablauf der Herbsttagung.

Grußworte

Grußwort des Leiters der JVA Heilbronn

Der Leiter der Justizvollzugsanstalt Heilbronn – **Hans-Hartwig Dickemann** – dankte für die Gelegenheit und

Beamtendarlehen garantiert supergünstig Lfz. 7–20 J. 10.000 bis 125.000
weil 30 J. einfach besser sind Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter Kreditraten bis 50% reduzieren Info: www.ak-finanz.de
AK-Finanz – warum mehr bezahlen
Wer vergleicht, kommt zu uns seit ü. 30 Jahren
supergünstige Beamten-/Angestelltendarlehen, z. B. B. a. L./Angestellte ö. D. unkündbar, 30 J. alt, Lfz. 12 Jahre, Sollzins fest (gebunden) 5,6%, 50 000,– € Darlehensnennbetrag, mtl. Rate 566,56 € inkl. erforderlicher LV, Kosten der Bank 1000,– € = 2%, Darlehensnettobetrag 49 000,– €, effektiver Jahreszins 6,66%, bei 20 Jahren Lfz. Rate bis 1/5 niedriger. Laufzeitverkürzung durch Gewinnanteilverrechnung. Rufen Sie jetzt kostenfrei an. Baufinanzierungen ohne Eigenkapital bis 110% extrem günstig.
www.ak-finanz.de
Kapitalvermittlungs-GmbH, E 3, 11 Planken, 68159 Mannheim
Telefax (0621) 178180-25, E-Mail: beamtendarlehen@ak-finanz.de Gebührenfrei Tel. 0800/1000500

Ehre, ein Grußwort an den Landeshauptvorstand des **BSBD** richten zu können. Es sei schon gute Tradition, dass der ortsansässige Anstaltsleiter seine JVA vorstellen würde. Er selbst sei erst Mitte Juni 2010 von der JVA Schwäbisch Hall an die JVA Heilbronn gewechselt, er habe sich aber schon sehr gut eingewöhnt. Es sei auch keineswegs überraschend, dass eine Anstalt wie Heilbronn aus dem Jahre 1878 ganz andere organisatorische und bauliche Probleme mit sich bringe als eine neue Anstalt. In diesem Bereich sei jedoch schon einiges Bemerkenswerte geschehen: Im Jahre 2009 sei ein neues Wirtschaftsgebäude mit Küche und Kantine fertig gestellt worden und der Neubau eines Haftgebäudes für 4,5 Mio. Euro werde voraussichtlich bis Mitte 2012 vollendet sein.

Damit stünden weitere 60 Haftplätze in der JVA Heilbronn zur Verfügung, so dass alle Gefangenen dann in Einzelhafträumen untergebracht werden könnten.

Weitere bauliche Maßnahmen beträfen den Brandschutz, der in der gesamten Anstalt auf den neuesten Stand gebracht werden müsse. Die Belegung sei in zurückliegender Zeit deutlich gesunken, so dass aktuell in der JVA Heilbronn 330 bis 340 Gefangene untergebracht wären, davon etwa 60 Gefangene im offenen Vollzug des Freigängerhauses oder in der landwirtschaftlichen Außenstelle Hohrainhof.

Anstaltsleiter **Hans-Hartwig Dickemann** wünschte der Veranstaltung des **BSBD** einen interessanten erfolgreichen Verlauf und den Teilnehmern einen angenehmen Aufenthalt in der Tagungsstätte.

Etwa um 9.30 Uhr konnte der Landesvorsitzende nun auch die Strafvollzugsbeauftragten der CDU- und SPD-Fraktion – die Abgeordneten **Karl Zimmermann** und **Nikolaos Sakellariou** – ebenso wie Bürgermeister **Alexander Krüger** von Flein begrüßen. Es sei der Versammlung und ihm selbst eine große Freude und Ehre, dass von ihnen mit Spannung erwartete Grußworte gesprochen werden würden.

Grußwort des Bürgermeisters Alexander Krüger von Flein

Der junge und dynamische Bürgermeister **Alexander Krüger** von Flein begrüßte den Landeshauptvorstand mit einem freundlichen und launigen Grußwort.

Er stellte seine Gemeinde als außergewöhnlichen Weinort vor, der auf der Sonnenseite Württembergs liege. Flein sei 1188 erstmals urkundlich erwähnt worden, und zwar in einem Hochzeitsvertrag zwischen dem Staufer-Kaiser Friedrich I. Barbarossa und dem König von Kastilien und Toledo. Seinen Namen würde Flein der alten Bezeichnung von Kieselsteinen verdanken, die früher „Flins“ oder „Fline“ genannt worden wären.

Diese Steine stammten von dem mächtigen Nagelfluhfelsen des Kirchbergs. Im Mittelalter habe Flein zu den Herrendörfern Heilbronns gehört und habe dem Zehntgrafen vom Königsgut Neckargau unterstanden.

Das bekannte Gotteshaus in Flein sei die „St. Veitkirche“, wobei das aus der Zeit um 1500 stammende Fleiner Ortswappen ebenfalls ein Bildnis des St. Veit trägt. Das Wappen, das in Stein gemeißelt auch am Rathaus zu sehen sei, zeige eine Folterszene des heiligen Veit – und zwar in einem mit siedendem Öl gefüllten Kessel.

Für Flein und seine Gäste sei St. Veit aber ein guter und wichtiger Patron, denn er sei „zuständig“ für Winzer, Bierbrauer und Gastronomen. Als er den Begriff „Gitterzulage“ gesehen habe, sei ihm zudem klar geworden, dass auch der **BSBD** einen „guten Draht“ zu St. Veit benötige, denn er sei auch der Schutzpatron der Schmiede.

Flein sei in zurückliegender Zeit erheblich gewachsen, und zwar von ursprünglich 1.800 auf nunmehr 6.650 Einwohner. Dies sei insbesondere auf die attraktive Wohnqualität zurückzuführen, die von einer fast mediterran anmutenden Landschaft und von einer ausgezeichneten Infrastruktur im Ort geprägt sei. Ein weiteres Plus für die Bürger sei die nur knapp fünf Kilometer betragende Nähe zur Großstadt Heilbronn und die sehr günstige Anbindung an das Stadtbusnetz.

Er habe – so Bürgermeister **Alexander Krüger** – die große Freude, einer gut situierten und fast schuldenfreien Gemeinde vorzustehen und diese dem **BSBD** präsentieren zu dürfen.

Er wünschte der Tagung ergiebige Gespräche und viel Erfolg, ohne die Freude zu vergessen, die den Teilnehmern durch den Genuss der herzlichen Gastfreundschaft und des vorzüglichen Fleiner Weins zuteil werden könnte.

Grußwort des Strafvollzugsbeauftragten der CDU-Fraktion

Auch der Landtagsabgeordnete **Karl Zimmermann** war bei guter Stimmung und hielt ebenfalls ein launiges Grußwort.

Er freue sich und dankte dafür, beim Landeshauptvorstand des **BSBD** ein Grußwort sprechen zu können, obwohl sein mit Tinte geschriebenes Manuskript durch Sprudelwasser ruiniert worden sei. Er lobte das neue Kleidchen des Verbandorgans „DER VOLLZUGSDIENST“, das durch das gefällige Aussehen und das moderne Design sehr gewonnen hätte.

Er stellte uneingeschränkt klar, dass der Justizvollzug seinen festen Platz in der Politik hätte. Der Justizvollzug und seine Bediensteten seien bei der **Dienstrechtsreform** ohne Frage sehr gut weggekommen. Er wolle nur die „Gitterzulage“ und das eigene „Budget für die Anstaltsleiter“ erwähnen. Gerade die „Gitterzulage“ habe ihn monatelang verfolgt und er habe sie gegen die Hänseleien seiner Kollegen, die ihn nur noch mit „Mister Gitterzulage“ begrüßt hätten, verteidigen müssen.

In diesem Zusammenhang möchte er auch den ihm aufgetragenen „schönen Gruß von **Ministerpräsidenten Stefan Mappus** und **Fraktionsvorsitzenden Peter Hauk**“ dem **BSBD**-Landesverband überbringen. Dabei hielt er auch das neueste AKTUELL des Landesverbandes hoch und äußerte dazu mit gewisser Ironie, dass es ein seltenes Ereignis wäre, dass eine Entscheidung des Landtags und der Landesregierung auch einmal von einer Gewerkschaft gewürdigt werden würde.

Dennoch sei nicht abzustreiten, dass es im Justizvollzug auch noch einige Baustellen gäbe. Dabei sei das Kapitel der Pensionierung mit der **Sonderaltersgrenze bei 62 Jahren** für ihn abgeschlos-

Beamten- und Angestellten-Darlehen
Partner der Nürnberger Versicherung

Festzins 12 Jahre 5,60 % effektiver Jahreszins 6,68 % nach neuer EU-Richtlinie

Beispiel: 30-jährige Beamtin Sollzins 6,50 % Laufz. 20 Jahre
effektiver Jahreszins 7,45 % nach neuer EU-Richtlinie
35.000.- € mtl. 322,90 € inkl. Lebensvers.
60.000.- € mtl. 552,52 € inkl. Lebensvers.

Der Abschluß eines Versicherungsvertrages ist erforderlich.
Kosten der Bank 2% = 700,- €, bzw. 1200,- €., Darlehensnettobetrag 34.300.- €, bzw. 58.800.-€

NEU: Auch für Beamte auf Probe und Pensionäre.

Info-Büro: 08 00 - 7 78 80 00
Fax-Nr. 0 51 30 - 79 03 95
vermittelt: K. Jäckel, Am Husalsberg 3, 30900 Wedemark
www.beamtendarlehen-center.de
E-Mail: jaeckel@beamtendarlehen-center.de

sen. Im Zuge der Gleichbehandlung mit anderen Berufsgruppen hätte man zu keinem anderen Ergebnis kommen können. Auch ein Auseinander-Dividieren der Altersgrenze zwischen Justizvollzug und Polizei, wie in einem Antrag im Landtag vorgeschlagen, sei nicht nachvollziehbar und deshalb auch nicht mehrheitsfähig gewesen.

Zu einem anderen Problem: Die Auseinandersetzungen um den Standort der **neuen JVA Rottweil** seien nicht nur enttäuschend, sondern auch ärgerlich. Obgleich der frühere Oberbürgermeister **Engeser** und der Gemeinderat in Rottweil ohne Wenn und Aber hinter den Neubauplänen gestanden hätten und die Diskussion darüber längst vorbei sei, würden jetzt durch Proteste neue Ängste geschürt und vieles in Frage gestellt. Selbst aus dem Gemeinderat und von seinem Wahlkreiskollegen **Martin Pauli** kämen ansatzweise Bedenken. Er gehe jedoch fest davon aus – so der Abgeordnete **Zimmermann** – dass in Rottweil eine neue JVA erbaut werde. Ob dabei das Baugelände tatsächlich 15 ha umfassen müsse, oder ob auch 6 ha bis 8 ha ausreichen würden, könnte wohl noch geprüft werden.

Zur Frage der Betriebsgestaltung in einer neuen Anstalt stehe für ihn fest, dass Rottweil nicht in gleicher Weise privatisiert werde wie die JVA Offenburg. Hier müsse jedoch abgewartet werden, wie die Ergebnisse der Evaluation für die JVA Offenburg ausfallen würden. Nach seinen Erfahrungen, die er bei Reisen in das Bundesland Hessen (JVA Hünfeld) und nach Frankreich gewonnen hätte, könne eine Übertragung des französischen Privatisierungssystems nach Baden-Württemberg nur abgelehnt werden. In Frankreich gehe man nämlich nach dem „Waage-Prinzip“ vor: Wenn für die privaten Betreiber mehr Geld aufgewandt werden müsse, würde dies in den staatlichen Bereichen abgezogen. Eine solche Politik sei hier nicht zu machen. **Dennoch solle man die Entwicklung in Offenburg verfolgen – und dann eine Entscheidung für Rottweil treffen.**

Als weiteren Punkt griff der Strafvollzugsbeauftragte **Karl Zimmermann** die Frage zu allgemeinen Maßnahmen der **Gesundheitsprävention** im Justizvollzug auf.

Hier sollte gerade im Zusammenhang mit der angehobenen besonderen Altersgrenze ein Pilotprojekt für besonders belastete Bedienstete durchgeführt werden. Ein hohes Lob sprach er dem **BSBD**-Landesvorstand für seinen hohen Einsatz zum Erhalt der §§ 14 a, 48 LBeamtVG im Rahmen der Dienstrechtsreform aus. Wörtlich sagte er dazu: „Hier hat der **BSBD** ganz tolle Arbeit geleistet – dabei gab es keine lauten Töne, aber es war eine sehr sehr gute Arbeit.“

Der Abgeordnete **Karl Zimmermann** wünscht sich weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit dem **BSBD** und diesem gute gewerkschaftlichen Erfolge.

Grußwort des Strafvollzugsbeauftragten der SPD-Fraktion

Nachdem sein Kollege von der CDU-Fraktion die Oppositionsarbeit im Rahmen der Dienstrechtsreform als „hartes Brot“ und wirkungslos sowie den mutmaßlichen Frust mit sehr deftigen Worten beschrieben hatte, konterte der **SPD-Strafvollzugsbeauftragte Nikolaos Sakellariou** mit dem Hinweis, dass das Land Baden-Württemberg seit fast sechs Jahrzehnten noch nie von der CDU nicht regiert worden sei und deshalb im kommenden Jahr dringend ein „Windwechsel“ stattfinden müsse.

Er überbrachte auch die Grüße vom Fraktionsvorsitzenden **Klaus Schmiedel**, der ihm die Aufgabe für ein Grußwort vor dem **BSBD**-Landeshauptvorstand übertragen hätte und er habe diese sehr freudig angenommen.

Er griff sodann die am selben Tag in den Medien veröffentlichte angestiegene Lebenserwartung bei Frauen und Männern auf – allerdings mit dem Wermutstropfen, dass sein Wahlkreis Schwäbisch Hall das schlechteste Ergebnis in Baden-Württemberg aufzuweisen hätte; diesem Umstand müsse er nachgehen. Diese demographischen Veränderungen würden aber auch rechtfertigen, dass das **Renten- und Pensionsalter** allgemein auf 67 Jahre angehoben worden sei, dies sei eine notwendige Maßnahme. Vor 100 Jahren habe nach der damaligen Lebenserwartung ein Rentner seinen Ruhestand gerade einmal sechs Monate im Durchschnitt genießen können, heute seien daraus rund zwei Jahrzehnte geworden. Für besondere Dienstbereiche habe die SPD-Fraktion jedoch beantragt, die besondere Altersgrenze für Polizei, Justizvollzug und Feuerwehr auf dem Stand des 60. Lebensjahres zu belassen. Dieser Antrag sei aber von der Regierungsmehrheit abgelehnt worden. Dennoch bleibe man bei der SPD dabei, dass bestimmte Ausnahmen gerechtfertigt seien, denn bei schweren, gefährlichen und belastenden Arbeiten wie im Justizvollzug müsse Ungleiches auch ungleich behandelt werden.

Im Zusammenhang mit der Übertragung der Bewährungs- und Gerichtshilfe auf den **privaten Träger** ***NeuSTART gGmbH*** und der damit einhergehenden desaströsen Finanzentwicklung für den Justizhaushalt bleibe die SPD mit dem

LHV-Sitzungs-Splitter

- Der Landesvorstand hat für die **BSBD-Mitglieder** im Lande ein umfassendes Buch mit den neuen Landesgesetzen: das **JVollzGB** (Justizvollzugsgesetzbuch Baden-Württemberg) herausgegeben. Darin enthalten sind die Gesetze zu den **„Gemeinsamen Regelungen und Organisation“** incl. „Datenschutz“ – zum **„Untersuchungshaftvollzug“** – zum **„Strafvollzug“** – und zum **„Jugendstrafvollzug“**. Dieses Gesetzeswerk wird mit Sicherheit in den nächsten Jahrzehnten – oder länger – das alltägliche „Handwerkszeug“ in allen Anstalten des Landes sein. Dem Vorstand war es deshalb ein vordringliches Anliegen, diesen praktischen Leitfaden allen seinen Mitgliedern in die Hand zu geben. Das Gesetzbuch ist ausgeliefert und kann von **BSBD-Mitgliedern** bei ihren jeweiligen **Ortsverbands-Vorsitzenden kostenlos abgeholt** werden. Da ein gewisser Kostenaufwand erforderlich war, bitten wir um Verständnis, dass für Nicht-Mitglieder des **BSBD** eine **Schutzgebühr von 8,50 €** erhoben wird. Kolleginnen und Kollegen, die gleichzeitig in den **BSBD eintreten**, erhalten das Gesetzbuch allerdings als Geschenk.
- Der DBV-Direktionsbevollmächtigte für den Öffentlichen Dienst – **Hartmut Landbeck** – wies im Rahmen seines Vortrags zu Produkten des Versicherungsunternehmens **AXA/DBV** auch auf **interessante Service-Leistungen** hin: Jeder Bedienstete könne seine künftige **Altersversorgung** anhand eines **Erklärungsbogens** überprüfen lassen; diese Versorgungsberechnungen werden **kostenlos** zur Verfügung gestellt. Die DBV Öffentlichrechtliche Anstalt für Beteiligungen hat wegen der **Einlösung von Berechtigungsscheinen** für einen anteiligen Anspruch entsprechende Regelungen getroffen. Diese sind im Internet unter **www.dbvoer.de** zu ersehen. Als langjährigem Vertragspartner wird den Mitgliedern des **BSBD** angeboten, für ihre **Veranstaltungen** die Räume der AXA/DBV erhalten zu können.

Rechnungshof bei der Forderung, den Vertrag mit dieser Privatfirma zu kündigen. Auch die Richter im Land würden zunehmend den Verlust staatlicher Bewährungshelfer beklagen und eine Rückkehr zum staatlichen System verlangen. Da auch Evaluierungen in diesem Bereich politischen Einflüssen unterliegen würden, habe er inzwischen den Glauben an belastbare Ergebnisse verloren. Nach Ansicht des Abgeordneten passe es nicht in die Zeit, staatliche Aufgaben zurückzudrängen und schlecht zu reden. Gerade in der Finanz- und Wirtschaftskrise habe sich gezeigt, dass Krisen- und Konfliktbewältigung durch staatliche Maßnahmen funktioniere. Dies sei beispielhaft erkennbar an der Einführung des Kurzarbeitergeldes und der sogenannten Abwrackprämie, wobei beides auf Initiative der SPD angestoßen worden sei.

Allgemein habe sich so gezeigt, dass der Staat, die öffentliche Hand stark genug waren, während die Privaten handlungsunfähig blieben. Auch gegenwärtig brauche die globale Finanzwelt mehr denn je ein starkes staatliches Regulativ, damit künftig Krisen vermieden werden könnten.

Die Entwicklung, durch Ausweitung der Privatisierung den Staat zu schwächen und seine Stärke zu unterminieren, müsse aufmerksam beobachtet werden. Dies gelte auch für **neue Justizvollzugsanstalten wie in Rottweil,** wo es für die SPD **keine Privatisierung** geben dürfe.

Der Landtagsabgeordnete **Nikolaos Sakellariou** schloss sein Grußwort damit, dass es ihm immer eine Freude sei, mit dem **BSBD**-Landesverband zu guten konstruktiven Gesprächen zusammenzutreffen. Er bescheinigte dem **BSBD** in der Landespolitik eine bedeutende Rolle, wobei seine Erfolge an den kompetenten Personen und der klugen Taktik festzumachen seien.

Nach diesen Grußworten dankte der Vorsitzende für die Beiträge und gab dem Plenum Gelegenheit zu Fragen an die Abgeordneten.

Mehrfache Nachfragen – insbesondere vom **Vorsitzenden des OV Stuttgart** – betrafen den künftigen politischen Umgang bzw. die Ausweitung von Privatisierungsmaßnahmen im Justizvollzug oder auch in der Sozialarbeit. Zu keiner dieser Fragen wollte sich der **Abgeordnete Zimmermann** klar festlegen; er verwies vielmehr und nochmals darauf, dass er sich erst dann entscheiden werde, wenn Ergebnisse oder die Evaluation aus dem teilprivatisierten Betrieb der JVA Offenburg vorliegen würden. Der **Fachgruppenvertreter des Sozialpädagogischen Dienstes** bemängelte, dass die ersten Ansätze im Hinblick auf die Privatisierung der Bewährungshilfe negativ bewertet wurden und insgesamt gesehen festgestellt werden könne, dass das Pilotprojekt gescheitert sei. Dennoch habe man privatisiert. Er befürchte nun, dass dies nach dem Abschluss der „Evaluation" für eine Teilprivatisierung der neuen JVA Rottweil nicht anders laufen werde. Da ein Scheitern der Teilprivatisierung in Offenburg wohl unausweichlich sei, wäre es doch angemessen, gleich einen Schlussstrich unter die Privatisierung im Justizvollzug zu ziehen. Dies wies der Abgeordnete nachdrücklich und heftig zurück: für ihn sei die privatisierte Bewährungshilfe anhand vieler konkreter Beispiele ein sehr gelungenes und effektives Privatmodell und dem früheren staatlichen Betrieb überlegen. Aus dem Plenum und vom Vorstand wurde sehr deutlich, dass diese Auffassung, die Begleitumstände nicht berücksichtige, keineswegs geteilt wird.

Vom **Fachgruppenvertreter des Krankenpflegedienstes** wurde eingebracht, den Vertrag mit dem Privatbetreiber KÖTTER in Offenburg nicht vor der Bilanz für die dortige JVA vorzeitig zu verlängern. Auch hierzu wollte sich der Abgeordnete **Zimmermann** nicht eindeutig positionieren.

Ehrenmitglied Wolfram Müller regte an, die Bewährungs- und Gerichtshelfer selbst zu befragen hinsichtlich ihrer Erfahrungen mit dem privaten Betreiber NeuSTART. **Eine solche Personalbefragung von staatlichen und privaten Vollzugsbediensteten wäre auch eine prima Idee als Grundlage zu einem Evaluations-Approach für die JVA Offenburg.**

Grußwort des Strafvollzugsbeauftragten der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Da der Strafvollzugsbeauftragte von **Bündnis 90 / Die Grünen – Thomas Oelmayer, MdL** – nicht zur Hauptvorstandssitzung kommen konnte, übermittelte er sein Grußwort in schriftlicher Form. Wir drucken dieses Grußwort deshalb in folgenden Auszügen ab:

„Mit der Wahl der Themenschwerpunkte Dienstrechtsreform, Änderung des Landespersonalvertretungsrechts und Privatisierung (haben Sie) die Top-Themen der rechtspolitischen Debatte aufgerufen. …

Strafvollzug wird in Baden-Württemberg, wie wir wissen, als Experimentierfeld genutzt zur empirischen Erforschung der Realisierbarkeit von Effizienzrenditen durch Privatisierung.

Die grüne Landtagsfraktion hat diese Reformideen von Anfang an kritisch begleitet, sowohl was die Teilprivatisierung der JVA Offenburg betrifft als auch in Bezug auf die Privatisierung der Bewährungs- und Gerichtshilfe. Bei beiden Projekten hat die Landesregierung auf eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung verzichtet und sie verzichtet leider immer noch auf eine Evaluierung und eine Qualitätskontrolle durch unabhängige Experten. Bei der Bewährungs- und Gerichtshilfe hat nunmehr der Rechnungshof unsere schlimmsten Befürchtungen bestätigt: Durch die Übertragung auf den privaten Träger NeuSTART entstehen über die vertragliche Laufzeit bis zum Jahre 2016 Mehrkosten in Höhe von 47 Mio. Euro.

Strafvollzug darf nach unserer Auffassung nicht unter dem Diktat minimaler Kosten konzipiert werden, vielmehr müssen der Verfassungsauftrag und das oberste Vollzugsziel der Resozialisierung im Zentrum der gesetzlichen Regelung stehen. Wir brauchen definierte Qualitätsziele und -standards und erst dann kann man die kostengünstigste Umsetzungsvariante suchen. …

Grundsätzlich sind wir der Auffassung, dass Strafvollzug eine staatliche Pflichtaufgabe ist, die hoheitliche Rechts- und Verantwortlichkeitsstrukturen erfordert. In zahlreichen parlamentarischen Initiativen haben wir deshalb den Verzicht auf die Privatisierung des Strafvollzugs gefordert; ferner haben wir nach den Erkennt-nisgrundlagen für die vom Justizministerium prognostizierten Einsparungen gefragt, Kosten- und Qualitätsüberprüfungen angemahnt und die Rechtsunsicherheiten thematisiert, die für die Vollzugsbediensteten entstanden sind. Wir werden der Regierung auch die Debatte um die Empfehlung des Rechnungshofs nicht ersparen, den Vertrag mit NeuSTART zu kündigen."

Die mit den Stimmen der Regierungsfraktionen verabschiedete **Dienstrechts-**

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-beamtendarlehen.de
Tel. 08 00 – 0 40 40 41 – Rufen Sie uns kostenfrei an
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD
Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg
NÜRNBERGER
Beamten Lebensversicherung AG
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt • Postfach 31 36 • 46314 Borken-Weseke

reform bezeichnet der Abgeordnete **Thomas Oelmayer** als **„Dienstrechtkosmetik“** ohne zielführende und substantielle Veränderungen. Unter dem Strich würden lediglich drei Änderungen bleiben, die erwähnenswert wären: „1. Die Anhebung der Pensionsaltersgrenze auf 67 Jahre, 2. die Abschaffung des einfachen Dienstes und 3. die Mitnahme der Pensionsanwartschaften beim Wechsel in die Privatwirtschaft.

Die beiden zuletzt genannten Punkte begrüßen wir ausdrücklich, den Einstieg in die Pension ab 67 Jahre sehen wir jedoch in seiner Pauschalität kritisch. Analog zur Rente ab 67 führt nach unserer Auffassung kein Weg an der Pension ab 67 vorbei, jedoch hätten wir uns eine differenzierte Betrachtung gewünscht für besonders belastete Berufsgruppen wie Polizei, Justizvollzug und Feuerwehr. Unser Änderungsantrag dazu wurde, wie nicht anders zu erwarten war, abgelehnt.

Beim **Landespersonalvertretungsrecht** haben wir **gemeinsam mit der SPD** ein mitbestimmungsfreundliches Modell gefordert. Die jetzt verabschiedeten Einschränkungen der Mitbestimmung lehnen wir ab, weil wir glauben, nur mit gut informierten und mitspracheberechtigten Mitarbeitern die Dynamik entwickeln zu können, die wir bei der Fortentwicklung von zukunftsfähigen Strukturen im öffentlichen Dienst brauchen.

Ich bin sicher, dass sich der Bund der Strafvollzugsbediensteten durch unerfreuliche gesetzliche Neuerungen nicht entmutigen lässt. …

Nach der Reform ist immer auch vor der Reform! Ich freue mich auf den bewährten konstruktiven Ideenaustausch mit Ihnen….“ *(Hervorhebungen PR)*

Bericht des Landesvorsitzenden

In seinem Bericht ging der Landesvorsitzende **Ernst Steinbach** zunächst auf die **Ende April 2010** durchgeführten **Personalratswahlen** im Lande ein. Im Rückblick stellte er die großen Erfolge des **BSBD** in allen Justizvollzugsanstalten des Landes und für den Hauptpersonalrat beim Justizministerium Baden-Württemberg heraus. Dies sei auch eindrucksvoll nachzulesen in dem **AKTUELL Nr. 2/Jahrgang 2010.** Ohne Zweifel ist sonach davon auszugehen, dass der **BSBD** seine führende Stellung im Justizvollzug weiter ausgebaut hat. So ist im Hauptpersonalrat beim Justizministerium der Justizvollzug mit den Kollegen **Georg Konrath** und **Alexander Schmid** hervorragend vertreten, wobei Kollege **Konrath** weiter Vorsitzender des Hauptpersonalrats sei. Kollege **Wolfgang Neureuther** sei zudem erstes Ersatzmitglied und könne deshalb damit rechnen, an vielen Sitzungen teilnehmen zu können. Der Landesvorsitzende **Steinbach** dankte allen Kandidaten für ihren unermüdlichen Einsatz und ihr Engagement bei den Personalratswahlen.

Mittlerweile habe sich in einigen Anstalten ergeben, dass Personalratsvorsitzende ihre ehemalige Gewerkschaft verlassen haben und Mitglied beim **BSBD** geworden seien. Hierzu habe zweifelsfrei auch die – alsbald nach der Wahl – am 14./15. Juni 2010 einberufene **Personalrätekonferenz in Hößlinsülz** beigetragen; solche Veranstaltungen werden auch künftig vom **BSBD** durchgeführt werden.

Im Hinblick auf die vielfachen **Bürgerproteste** in allen Landesteilen und insbesondere zu Stuttgart 21 bemerkte der Landesvorsitzende, dass sich auch gegen den **Neubau der JVA Rottweil eine massive Bürgerinitiative** gebildet habe. Trotz dieser auch gegen den Justizvollzug insgesamt gerichteten Proteste wird der **BSBD** beharrlich und unbeirrt seinen Anliegen und Zielsetzungen nachgehen. Dies beträfe auch das Haftplatzentwicklungsprogramm 2015, soweit es vom **BSBD** unterstützt werden kann.

Die **Belegungssituation** habe sich im Land weiter entspannt. Dies sei wohl zurückzuführen auf den Neubau der JVA Offenburg und auf sinkende Gefangenenzahlen allgemein. Dennoch sei die Gewaltbereitschaft der Gefangenen untereinander und auch gegen Bedienstete unvermindert hoch geblieben.

In seinem Bericht griff der Landesvorsitzende Ernst Steinbach auch die zentralen Punkte der rechtspolitischen Diskussion auf, wie sie auch von den Landtagsabgeordneten behandelt worden waren.

Zur **Teilprivatisierung der JVA Offenburg** führte er aus, dass sich unsere Befürchtungen nach einem Jahr Betrieb der Anstalt voll bestätigt hätten. Die Privatisierung in einem so hoch sensiblen Bereich wie dem Strafvollzug sei ein Irrweg! Als positiven Nebeneffekt stellte er heraus, dass das Ansehen der Strafvollzugsbediensteten dadurch sehr gestiegen sei, denn nur durch das außergewöhnlich hohe Engagement der staatlichen Bediensteten in Offenburg könne der Anstaltsbetrieb aufrecht erhalten werden. Hier wies der Vorsitzende auf den sehr ausführlichen, detaillierten und kritischen „Privatisierungs-Artikel“ im zurückliegenden **VOLLZUGSDIENST 4/5-2010** hin.

Hierzu wird ergänzend angemerkt:

Belastbare Ergebnisse aus der vom Landtagsabgeordneten Karl Zimmermann erhofften Evaluation für die JVA Offenburg als Entscheidungshilfe für oder gegen weitere Privatisierungsmaßnahmen können wohl nicht erwartet werden. Nach dem derzeitigen und leider unvollständigen Informationsstand des *BSBD* fehlen für eine seriöse Evaluation die grundlegenden Voraussetzungen völlig:

- Zur Erhebung von notwendigen Daten

Aufmerksame Tagungsteilnehmer verfolgten das abwechslungsreiche Programm mit großem Interesse.

sind **keine unabhängigen vollzugsexternen Experten** eingesetzt, eine wissenschaftliche Begleitforschung der Privatisierungsfolgen ist nicht eingerichtet.

- Als Vollzugsgröße fehlt u.W. eine vorab durchgeführte **Wirtschaftlichkeitsberechnung**, so dass Vorher-Nachher-Vergleiche nicht angestellt werden können.
- Anders als bei allen anderen Anstalten des Landes ist bisher für die JVA Offenburg anscheinend **kein Controllingbericht** erstellt worden.
- Die **Personalbudgetierung** gerät bereits jetzt in Schieflage, da andere Anstalten der JVA Offenburg **dauerhaft mit zwölf Abordnungen** aushelfen müssen. Dabei bleiben die Personalkosten im Budget der Absende-Anstalten erhalten und nicht dem Budget der Empfängeranstalt Offenburg hinzugerechnet. Eine solche unausgeglichene Budgetbelastung auf der einen und Budgetentlastung auf der anderen Seite ist ungerecht-einseitig und deshalb nicht hinnehmbar. Trotzdem sei bekannt geworden, dass in der JVA Offenburg derzeit **18.000 Überstunden** angefallen wären. Vom **BSBD** ist deshalb mit Nachdruck eine ungeschönte **Personalbedarfberechnung** für die JVA Offenburg gefordert worden.

Wenn dies alles so zutrifft, ist schon jetzt abzusehen und zu befürchten, dass eine Evaluation für die JVA Offenburg als Entscheidungshilfe oder gar als Entscheidungsgrundlage für die Betriebsgestaltung einer neuen JVA in Rottweil völlig wertlos wird.

Wird Rottweil wieder staatlich betrieben?

Der Landesvorsitzende griff noch weitere Punkte zur Privatisierung auf – wie

- die Antwort der Landesregierung auf die Anfrage der SPD im Landtag, bei der Mängel eingeräumt werden mussten,
- die **Forsa-Umfrage** unter der Bevölkerung, die zu 95 % Privatisierungen im Justizvollzug ablehne und diesen ausschließlich als staatlich hoheitliche Aufgabe ansieht,
- die nach dem **Rechnungshof** aus dem Ruder gelaufene Finanzierung bei der Privatisierung von Bewährungs- und Gerichtshilfe.

Aus all diesen Gründen stellte er die Frage an die Politiker: „Haben Sie aus den Unzulänglichkeiten in Offenburg gelernt im Hinblick auf die JVA Rottweil? Wird Rottweil wieder staatlich betrieben?“

Als Unterstützung für seine Frage erwähnte er den Besuch des **BSBD** in Thüringen, wo der dortige Justizminister eine Privatisierung im Justizvollzug eine ganz klare Absage erteilt habe.

Zur Dienstrechtsreform führte der Landesvorsitzende aus, dass letztlich ein gelungenes Gesetzeswerk mit weit über 1.000 Seiten (genau 1.109 Seiten) vorliegen würde. Obgleich das Positive überwiege, gäbe es auch noch einige Schwachstellen – wie z.B. die Einschränkungen im LPVG und die Anhebung der Sonderaltersgrenze auf 62 Jahre. Dieses Gesetzeswerk werde nun am 01.01.2011 in Kraft treten.

Wie schon mehrfach dargelegt, konnten weitere Einschränkungen mit erheblichen Folgen für die Bediensteten durch nachdrückliche Initiativen des **BSBD** verhindert werden. Auch die „lebenswichtige Rettung“ der **§§ 14 a und 48 LBeamtVG** konnte der **BSBD** durch Gespräche mit dem Justizminister und auf politischer Ebene sowie durch Stellungnahmen erreichen. Dies sei ein durchaus beachtlicher Erfolg.

In dem nunmehr aufgelegten **40 Mio. Euro-Strukturprogramm** für das gesamte Land seien für die Justiz 4,5 Mio. Euro und für den kleinen Justizvollzug immerhin ein Betrag von 2,25 Mio. Euro eingestellt worden. Dies sei beachtlich und auch die Angleichung der **Gitterzulage** an die Polizeizulage für alle Bediensteten sei eine sehr gute Sache, für die der **BSBD** jahrelang – ja jahrzehntelang – gekämpft habe. Und obgleich für jeden Bediensteten „nur“ rund 36,00 Euro pro Monat nun im Portemonnaie hinzukämen, würde der monatliche Gesamtbetrag für das Land doch 1,5 Mio. Euro ausmachen. Als Sorge bliebe weiterhin die **Heraufsetzung der besonderen Altersgrenze auf das 62. Lebensjahr.** Nach aktuellem Stand müssten nämlich die davon betroffenen Bediensteten durchschnittlich mit 56 Jahren aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt werden. Um hier unterstützend einwirken zu können, entwickele der **BSBD** und der Hauptpersonalrat derzeit ein Konzept zum Ausbau eines **funktionierenden Gesundheitsmanagements für den Justizvollzug**. Dieser Sache werde sich auf Anregung des Landtagsabgeordneten **Dr. Lasotta** (CDU) offensiv angenommen und es sei der **AG Justizvollzug 21** und einer Arbeitsgruppe des **Hauptpersonalrats** für das Engagement sehr zu danken, dass erste vielversprechende Konzepte bereits vorliegen. Dies sei auch notwendig, da bereits Mittel für präventive Gesundheitsmaßnahmen zur Verfügung stünden. Zudem werde geprüft, ob ein Forschungsauftrag vom **BSBD** zu diesem Problemfeld vergeben werden könnte. Jedenfalls könne es in diesem Zusammenhang nicht angehen, dass bei der Polizei eine Kur- oder Rehamaßnahme zum ganz normalen und regelmäßigen Pflichtprogramm gehöre, während im Justizvollzug ein Bediensteter, der eine Kur absolvieren wolle, als nicht mehr belastbar – und damit als nicht mehr beförderbar – erachtet werde.

Zum Abschluss seines Berichts wies der Landesvorsitzende darauf hin, dass ihm bestimmte **Spar-Anträge vom Bündnis 90/Die Grünen** Sorgen bereiten würden: Hierzu zählte er die **Absenkung der Beihilfe von 70 % auf 50 % für Pensionäre** sowie deren Abkoppelung von der Einkommensentwicklung. Dies hätte für den Einzelnen gewaltige Kostensteigerungen bei den Prämien für die private Krankenversicherung zur Folge. **Der BSBD werde gegen dieses Ansinnen mit aller Kraft vorgehen – und deshalb so sein Fazit – „wollen wir im Schulterschluss mit dem bbw vor der Wahl wissen, was nach der Wahl und von wem auf uns zukommen wird!“**

Er dankte den Mitgliedern des Landeshauptvorstandes für deren uneingeschränkte solidarische Unterstützung bei allen schwierigen Problemen.

In den weiteren Tagesordnungspunkten der Landeshauptvorstandssitzung vom 05. November 2010 wurde der nach Einnahmen und Ausgaben ausgeglichene **Haushaltsvoranschlag 2011 einstimmig** – und mit besonderem Dank an die Kassiers **Frank Maertins** und **Erich Haag** – genehmigt sowie **Rechtsschutzangelegenheiten** und der Sachstand bei der Einführung der **„blauen Uniform“** behandelt.

Nochmals aufgerufen wurde auch die Konzeption zu einem Gesundheitsmanagement, wobei das Engagement der AG Justizvollzug 21 mit Kollegen **Detlef Hamacher** besonders gewürdigt wurde.

Beamtendarlehen garantiert supergünstig Lfz. 7–20 J. 10.000 bis 125.000
weil 30 J. einfach besser sind Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter Kreditraten bis 50% reduzieren Info: www.ak-finanz.de
AK-Finanz – warum mehr bezahlen
Wer vergleicht, kommt zu uns seit ü. 30 Jahren
supergünstige Beamten-/Angestelltendarlehen, z. B. a. L./Angestellte ö. D. unkündbar, 30 J. alt, Lfz. 12 Jahre, Sollzins fest (gebunden) 5,6%, 50 000,– € Darlehensnennbetrag, mtl. Rate 566,56 € inkl. erforderlicher LV, Kosten der Bank 1000,– € = 2%, Darlehensnettobetrag 49 000,– €, effektiver Jahreszins 6,66%, bei 20 Jahren Lfz. Rate bis 1/5 niedriger. Laufzeitverkürzung durch Gewinnanteilverrechnung. Rufen Sie jetzt kostenfrei an. Baufinanzierungen ohne Eigenkapital bis 110% extrem günstig.
www.ak-finanz.de
Kapitalvermittlungs-GmbH, E 3, 11 Planken, 68159 Mannheim
Telefax (0621) 178180-25, E-Mail: beamtendarlehen@ak-finanz.de Gebührenfrei Tel. 0800/1000500

Wahl des neuen Landesvorsitzenden

Obgleich seit längerer Zeit und auch durch die vorab zugegangene Tagesordnung bekannt war, dass der **Landesvorsitzende Ernst Steinbach** sein Amt in jüngere Hände übergeben wollte, verursachte seine Erklärung dann doch Betroffenheit beim Landesvorstand und beim Landeshauptvorstand.

Er führte kurz aus, dass er bereits nach seiner Versetzung in den Ruhestand im Juni 2006 den Vorsitz des Landesverbandes Baden-Württemberg habe abgeben wollen. Diese feste Absicht wurde durch neue Sachverhalte und Probleme mehrfach hinausgezögert und zuletzt schien wegen der Kombination des Vorsitzes im Landesverband und im Hauptpersonalrat seine Fortführung des Amtes bis zur Herbsttagung 2010 des Landeshauptvorstandes wohl erforderlich.

Doch nun sei endgültig die Zeit gekommen, dass sein Amt des Vorsitzenden von einem anderen Kollegen übernommen werde.

Der Landesvorstand sei nach eingehender Erörterung zu dem Schluss gekommen, als Kandidaten für den Landesvorsitz den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Alexander Schmid vorzuschlagen (gem. § 14 Abs. 2 (2) Satzung *BSBD*).

Nach zunächst kurzer Diskussion ergaben sich einige Unstimmigkeiten und verständliche Kritik. Dies war auf den Umstand zurückzuführen, dass der Landesvorstand am 23. Juni 2010 in einer **„basisdemokratischen Aktion“** eine Umfrage bei den Ortsverbänden nach Benennung von Kolleginnen und Kollegen gestartet hatte, die zur Kandidatur als Landesvorsitzender oder zur Mitarbeit im Landesvorstand bereit sein würden.

Die hierzu benannten fünf Kandidaten fanden bei dem jetzt eingebrachten Wahlvorschlag keine Erwähnung. Dieses Versäumnis monierten einige der anwesenden Bewerber zu Recht und bemängelten, dass diese zunächst bemerkenswerte und gute Absicht des Landesvorstandes zu einer landesweiten Erhebung so ad absurdum geführt werden würde.

Diese Einwände veranlassten den Landesvorsitzenden **Ernst Steinbach** unverzüglich, das von ihm allein zu verantwortende Versäumnis bei der Vorstellung einzuräumen, und die genannten Kandidaten um den Vorsitz wurden offiziell bekannt gegeben.

Dies waren (in alphabetischer Reihenfolge):

- **Klaus Frank – OV Mannheim,**
- **Detlef Hamacher – OV Rottenburg,**
- **Wolfgang Neureuther – OV Heilbronn,**
- **Friedrich Prange – OV Heimsheim,**
- **Klaus Schiff – OV Rottweil.**

Auf Frage aus dem Plenum, weshalb Kollege **Georg Konrath** sich nicht als Landesvorsitzender zur Wahl stelle, erklärte dieser, dass er mit den Aufgaben im Hauptpersonalrat als dessen Vorsitzender sowie in der ARGE ausgelastet und deshalb nicht in der Lage sei, zeitgleich die Pflichten als Landesvorsitzender verantwortlich erfüllen zu können. Er habe sich sonach entschlossen, nicht zu kandidieren.

Nach Erörterung und weiterer Befragung war sodann festzustellen, dass nur Kollege Alexander Schmid für die Wahl zum Landesvorsitzenden kandidierte.

Als Wahlvorstand zur Durchführung der Wahl und zur Auszählung der Stimmen wurden Karl Adler vom Ortsverband Freiburg sowie die Ehrenmitglieder Wolfgang Kneip und Wolfram Müller benannt.

Die Stimmauszählung ergab folgendes Ergebnis:

Von den 41 stimmberechtigten Mitgliedern des Landeshauptvorstandes hatten 40 Mitglieder ihre Stimme abgegeben.

Davon entfielen 35 Ja-Stimmen auf *Alexander Schmid,* bei 4 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

Unter großem Beifall nahm *Alexander Schmid* die Wahl an.

Es folgten sehr herzliche Gratulationen und die besten Wünsche für eine allzeit glückliche Hand an den neuen Vorsitzenden.

Der neue Landesvorsitzende Alexander Schmid bei seiner kurzen Ansprache.

In einer kurzen Ansprache als nun neuer Vorsitzender dankte er für das ihm entgegengebrachte Vertrauen, er werde sich mit allen Kräften bemühen, die erfolgreiche Arbeit von **Ernst Steinbach** fortzusetzen und werde – wenn Erfordernis bestehe – hie und da neue Akzente setzen. Er werde noch viel zuhören und lernen müssen, um das neue Amt ausfüllen zu können, und er hoffe und wünsche dazu sehr, auf die Unterstützung der **BSBD**-Mitglieder und des Landeshauptvorstandes zählen zu können. Er werde sich auch sehr bemühen, diejenigen Mitglieder, die ihn nicht wählen konnten, noch überzeugen zu können.

Schriftführerin kann ihr Amt vorübergehend nicht ausüben

Im Anschluss daran gab die Schriftführerin des Landesvorstandes – Kollegin Christine Tecklenburg – dem Plenum bekannt, dass sie ihre Tätigkeit als Schriftführerin vorübergehend nicht mehr ausüben könne. Ihre dienstliche Versetzung als Vollzugsleiterin zum Justizvollzugskrankenhauses Hohenasperg und ihre gleichzeitige Abordnung zum Landeskriminalamt Baden-Württemberg zur gemeinsamen Zentralstelle des KURS-Projekts sowie weitere Anforderungen würden sie voll und ganz auslasten. Schweren Herzens müsse sie deshalb bis auf weiteres auf dieses Amt, das sie sehr gerne ausgeübt habe, verzichten. Die Funktion der Fachgruppenvertretung für den höheren Dienst werde sie aber beibehalten. Von ihr werde Kollege **Lars Rinklin vom Ortsverband Heilbronn** zur kommissarischen Bestellung als Schriftführer vorgeschlagen. Diesen Vorschlag unterbreite sie deshalb, weil wegen der Ortsnähe die Übergabe der schriftlichen Unterlagen sowie die Übernahme der Aufgaben des Schriftführers einfacher abgewickelt werden könnten. Nach kurzer Diskussion wurde aus dem Plenum als weiterer Kandidat **Klaus Frank vom Ortsverband Mannheim** vorgeschlagen.

Da nach entsprechender Befragung Kollege Frank die Kandidatur zum Schriftführer nicht aufrecht erhielt, wurde sodann Kollege Lars Rinklin per Akklamation zum kommissarischen Schriftführer bestellt. Auch dem neuen Schriftführer wurde herzlich gratuliert.

Wahlvorbereitungen für einen stellvertretenden Landesvorsitzenden

Im Anschluss an diese Wahlvorgänge unterbreitete der neugewählte Landesvorsitzende **Alexander Schmid** dem Hauptvorstand einen Vorschlag zur satzungsgemäßen Abwicklung eines weiteren Wahlvorgangs.

Dies ergab sich spontan aus der unzureichend organisierten Bewerberfrage sowie klar aus **§ 14 Abs. 2 Satz 6 Satzung BSBD**, wonach beim Ausscheiden eines stellvertretenden Vorsitzenden binnen drei Monaten ein Nachfolger durch den Landeshauptvorstand gewählt werden muss.

Zu dieser Wahl werde der Landeshauptvorstand am 04. Februar 2011 – voraussichtlich nach Heidelberg – einberufen.

Sodann gab er den Bewerbern, die sich zur Mitarbeit im Landesvorstand bereit erklärt hatten, nochmals Gelegenheit zur Vorstellung.

Es sind dies:

- **Klaus Frank,** seit 1979 im Strafvollzug tätig und seitdem auch Mitglied im **BSBD** – mittlerer Verwaltungsdienst und Leiter der Vollzugsgeschäftsstelle – Personalratsmitglied, Ortsverbandsvorsitzender und Sprecher der Arbeitsgruppe mittlerer Verwaltungsdienst.
- **Detlef Hamacher,** seit 1986 im Strafvollzug im Krankenpflegedienst tätig, seit dem auch Mitglied im **BSBD** – seit 1997 Sprecher der Fachgruppe Krankenpflegedienst und der Arbeitsgruppe Justizvollzug 21 – seit 1999 Vorsitzender des OV Rottenburg.
- **Wolfgang Neureuther,** seit 20 Jahren im Strafvollzug und Mitglied im **BSBD** – Elektromeister und Fachgruppenvertreter des Werkdienstes – Personalrat bei der JVA Heilbronn und Ersatzmitglied im Hauptpersonalrat beim Justizministerium.
- **Friedrich Prange,** seit 1979 im Strafvollzug und Mitglied im **BSBD** – als Sozialpädagoge in der JVA Heimsheim tätig – dort Ortsverbandsvorsitzender und Vorsitzender des Gesamtpersonalrats bei der JVA Heimsheim.
- **Klaus Schiff,** seit 1998 im Strafvollzug und im **BSBD** – Bediensteter im allgemeinen Vollzugsdienst und auch im Werkdienst eingesetzt – Vorsitzender des Ortsverbands Rottweil.

Soweit eine kurze Vorstellung der Kandidaten, die bis zur nächsten Landeshauptvorstandssitzung vielfach Gelegenheit haben werden, diese knappen Angaben noch zu ergänzen. Ebenso wird die Kandidatenliste als nicht abschließend gesehen.

Rede zur Verabschiedung von Ernst Steinbach als Landesvorsitzender

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Ernst,

heute verlässt mit Dir lieber **Ernst**, der Teamchef des **BSBD** Baden-Württemberg seinen Posten. Du hast über viele Jahre unserer Gewerkschaft vorbildlich kollegial geführt und wirst – über Deine aktive Zeit als Vorsitzender des **BSBD** Baden-Württemberg hinaus – auch weiterhin unser Vorbild bleiben. Dein Wort hat nicht nur im Landesvorstand oder im Landeshauptvorstand des **BSBD** Baden-Württemberg, sondern auch beim **BSBD**-Bund, beim Beamtenbund Baden-Württemberg und dessen Vorsitzenden **Volker Stich** großes Gewicht.

Für den **BSBD**, für den hast Du Dich stets und auch unter Zurückstellung persönlicher Interessen stark gemacht hast, war es von großer Bedeutung, dass Dein Wort und Deine Argumente im Justizministerium Baden-Württemberg an allen wichtigen Stellen, besonders jedoch beim Justizminister Herrn **Prof. Dr. Goll,** seinem Amtschef Herrn **Steindorfner,** dem Leiter der Abteilung IV Herrn **Futter** und den Personalreferenten der Abteilung IV, hier darf ich die beiden Amtsinhaber Frau **Beate Bube** und Herrn **Oliver Weik** nennen, nicht nur Gehör, sondern auch Akzeptanz fand.

Was Du gesagt hast, war oft auch Grundlage für wegweisende Entscheidungen im Justizministerium. Du hast es verstanden, dadurch vielen unserer Anliegen erst das notwendige Gewicht zur Durchsetzung im Räderwerk der Justiz und der Landesverwaltung zu verschaffen. Hier darf ich Dein neuestes Erfolgsprojekt beispielhaft nenne: die lange überfällige Anpassung der „Gitterzulage“ an die Polizeizulage. Jeden Monat werden zukünftig alle Kolleginnen und Kollegen in den Justizvollzugsanstalten dem **BSBD** und insbesondere Dir dankbar sein, dass diese Verbesserung, immerhin rund 36 Euro im Monat mehr auf dem Gehaltszettel, erreicht wurde.

Viele weitere Verbesserungen im Bereich des Justizvollzuges, die auf unserer vom Minister selbst angeforderten „Wunschliste“ bzw. unserem „Forderungskatalog“ aus dem Jahr 2008 beruhen, werden noch folgen oder stehen im Zusammenhang mit dem DRG unmittelbar vor deren Verwirklichung.

Der „kleine Bruder“ Justizvollzug hat den „großen Bruder“ Polizei hier eingeholt.

Ich will aber auch nicht vergessen zu erwähnen, dass dies überhaupt nur deshalb möglich war, weil wir bei unseren Forderungen und deren Durchsetzung die volle Unterstützung des Herrn Justizministers hatten.

Auch die Verantwortlichen der verschiedenen politischen Fraktionen im Landtag und dort insbesondere die Strafvollzugsbeauftragten, haben es nie versäumt, den Kontakt mit Dir als Landesvorsitzenden des **BSBD** zu suchen und ihre Positionen mit Dir als obersten Repräsentanten der wichtigsten gewerkschaftlichen Organisation im Justizvollzug abzustimmen. Frei nach dem Motto:

„Ohne den **BSBD** und seinen Vorsitzenden geht halt nichts im Vollzugs-Ländle“

Mit Dir lieber Ernst geht nach

Reinhold Frank von 1956 – 1976
John Gahlen von 1976 – 1980
Franz Hellstern von 1980 – 1994
Kurt Wenninger von 1994 – 1998
nun der fünfte **BSBD**-Landesvorsitzende von Bord.

Endlich wird also für Dich der Traum vom Ruhestand wahr. Der Traum, den Du schon am 05.07.2006 bei Deiner offiziellen Verabschiedung in den Ruhestand geträumt hast. Du hast auch damals Deine Person hinter die Interessen des Verbandes gestellt und uns noch vier weitere Jahre als Vorsitzender durch das oft raue politische Fahrwasser geleitet. Hierfür gebührt Dir unser aller, herzlicher Dank.

Ebenso danken möchte ich an dieser Stelle aber auch Deiner Familie, insbesondere Deiner Ehefrau, die über viele Jahre immer wieder auf Dich verzichten musste, wenn Du gerade wieder als Handlungsreisender in Sachen **BSBD** unterwegs warst.

Doch nun, lieber **Ernst**, genug der Worte. Ich wünsche Dir vor allem Gesundheit auf Deinem weiteren Lebensweg und bin mir sicher, dass Du auch weiterhin dem **BSBD** eng verbunden bleiben wirst. Daher will ich schon heute eine Einladung zur Teilnahme am Landesdelegiertentag des **BSBD** Baden-Württemberg 2012 in Schwäbisch-Gmünd aussprechen. Es gibt viele Kolleginnen und Kollegen, die dann gerne mit Dir noch einmal anstoßen wollen, um sich persönlich zu verabschieden. Und ich bin sicher, den passenden Wein dazu finden wir für unseren Hobbywinzer Ernst Steinbach dann auch noch.

Lieber Ernst – Danke – von uns Allen! *Alexander Schmid*

Mit langanhaltendem Applaus bedachten die Mitglieder des Landeshauptvorstandes ihren scheidenden Landesvorsitzenden Ernst Steinbach.

Nach dieser sehr bewegenden Abschiedsrede des neuen Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** an den scheidenden Landesvorsitzenden Ernst Steinbach hielt es die Mitglieder des Landeshauptvorstandes und des Vorstandes nicht mehr auf ihren Sitzen: **In Standing Ovations spendeten sie dem ebenfalls sehr bewegten Kollegen und Freund Ernst Steinbach minutenlang Applaus – so laut wie es möglich war. Leider hat der Chronist es versäumt, die Zeit zu stoppen.**

Doch damit war's noch nicht genug: Der neue Landesvorsitzende beantragte unmittelbar danach vor dem Plenum, **Ernst Steinbach als Ehrenmitglied** in den Landesverband Baden-Württemberg des **BSBD** aufzunehmen. Es war keine Frage, dass der Landeshauptvorstand diesen Antrag einstimmig annahm und erneut viel Beifall spendete, so dass selbst bei den harten Kämpen des Justizvollzugs das ein oder andere feuchte Auge zu erkennen war.

Abgerundet wurde die Verabschiedung schließlich durch einen wunderschönen großen Blumenstrauß und einen äußerst üppig ausgestatteten Geschenkkorb, der das **Ehrenmitglied Ernst Steinbach** vielleicht über den schweren Abschied hinweg zu trösten vermag.

Fast wäre es untergegangen, doch selbstverständlich erhielt auch Kollegin **Christine Tecklenburg** unter großem Beifall einen ebensolchen Blumenstrauß – verbunden mit dem herzlichsten Dank für ihre Schriftführungsarbeit.

Zum Abschluss ergriff noch Kollege **Karl Adler** von Freiburg das Wort – und es hätte kein besseres Schlusswort geben können!

Er bedankte sich beim scheidenden **Vorsitzenden Steinbach** für die geleistete Arbeit und gratulierte dem neuen **Vorsitzenden Schmid** sowie seinem Vorstand; diesem gab er auf den Weg, sich weiter so zielstrebig und erfolgreich für die Anliegen der Mitglieder einzusetzen. Persönlich gab er bekannt, dass dies seine letzte Sitzung als aktives Mitglied sei. Er ziehe sich nun in den Ruhestand zurück, möchte jedoch weiter als Pensionär teilnehmen. Schließlich dankte er ganz besonders unserer **Geschäftsführerin Barbara Reber**, die mit ihrer Arbeit stets zuverlässig und ungeheuer schnell für die Bediensteten einfach da sei – der Vorstand habe mit ihr einen **„Goldschatz"**. Dem war – außer viel Beifall – nichts mehr hinzuzufügen! *wok*

Veröffentlichung in der „Heilbronner Stimme":

Gefängnisaufsicht nicht in private Hände geben

Heilbronn/-Flein – Rund 200 Strafvollzugsbedienstete arbeiten in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Heilbronn. Sie sind für etwa 350 Häftlinge zuständig, die in Gefängniszellen einsitzen oder sich im offenen Vollzug befinden. Mit der personellen Situation ist Gefängnisleiter **Hans Hartwig Dickemann** zufrieden. Es habe auch schon andere Zeiten gegeben, erinnert sich der frühere Vollzugsdienstleiter Ernst Steinbach, der von Spitzenbelegungen von 550 Insassen weiß.

13 Jahre hat der Lehrensteinsfelder als Landesvorsitzender beim Bund der Strafvollzugsbediensteten **(BSBD)** die Interessen der Vollzugsbeamten vertreten. Bei der Landeshauptvorstandssitzung in Flein zog sich der 64-Jährige nun aus dem Amt zurück. Zu seinem Nachfolger wurde sein bisheriger Stellvertreter **Alexander Schmid** aus Konstanz gewählt. Bevor er die Leitung an **Schmid** übergab, sprach der Pensionär aber einige Probleme an, mit denen der Strafvollzug zu kämpfen hat.

Eines davon ist die hohe Gewaltbereitschaft, mit der Vollzugsbeamte immer öfter konfrontiert würden – unter den Häftlingen und teilweise auch gegen die

Ernst Steinbach.

Alexander Schmid.

Bediensteten, erklärt **Steinbach**. Noch größer sei die Gewaltbereitschaft bei Insassen aus anderen Kulturkreisen. Hier würden besonders die Russlanddeutschen auffallen. Im Landesschnitt sind 30 Prozent der Häftlinge Ausländer. Die Russlanddeutschen würden sich in dieser Zahl aber nicht wiederfinden, da sie einen deutschen Pass hätten, erklärt Steinbach. Insgesamt saßen in Baden-Württemberg im Jahr 2009 rund 7800 Menschen ein, davon waren 940 im offenen Vollzug.

Ein weiteres Thema, mit dem sich der **BSBD** beschäftigt, ist das Personal. „In Baden-Württemberg haben wir von allen Bundesländern den niedrigsten Personalstand", sagt **Ernst Steinbach**. Bisher sei es dennoch gut gelaufen. Ausdrücklich warnt die Gewerkschaft davor, in diesem sicherheitsrelevanten Bereich Privatfirmen einzusetzen, so wie es derzeit in der JVA in Offenburg der Fall ist. Die Landesregierung hat hier eine Teilprivatisierung eingeführt. 104 Bedienstete stellt eine Firma. „Dieses Personal ist nicht ausreichend ausgebildet", warnt **Steinbach**. Er verweist auf die umfassende Ausbildung, die die Beamten auf ihre schwere Arbeit vorbereite. Schwerpunkte sind beispielsweise Selbstverteidigung und Psychologie. Die Gefängnismitarbeiter hätten es mit einem besonderen Klientel zu tun, erinnert er. Wer sich in Haft befinde, sei in der Regel vielfach vorbestraft und gewalttätig.

Auch die Einsparungen mit einer Million Euro in fünf Jahren würden sich in den Augen der Gewerkschaft nicht rechnen. Allein 258,9 Millionen Euro hat das Land zum Beispiel im Jahr 2009 für den Vollzug ausgegeben. Droht die Privatisierung auch im Heilbronner Gefängnis? Nein, sagt Leiter **Dickemann**, und betont dass es sich in Offenburg um einen Modellversuch handelt.

Text/Fotos: Nelli Nickel

In das Goldene Buch eingetragen:

Deutscher Meister zu Gast im Rathaus Stammheim

Das Volleyballteam der Betriebssportgemeinschaft (BSG) der Justizvollzugsanstalt (JVA) Stuttgart weilte auf Einladung der Bezirksvorsteherin Tina Hülle, zu einem Empfang im Rathaus von Stammheim.

Der Anlass für diesen Empfang war der Gewinn der Deutschen Justizvolleyballmeisterschaft am 12. Juni 2010 in Berlin durch die Betriebssportler aus Stammheim.

Und so ging **Tina Hülle** am Beginn ihres Grußwortes auf die zum Sieg wichtigen Eigenschaften der Spieler des Volleyballteams ein, welche für diesen großen sportlichen Erfolg wichtig sind. Ebenso betonte sie die Bedeutung dieses Titels Deutscher Meister sowohl für jeden Einzelnen persönlich, für den Sport und die Außendarstellung der JVA Stuttgart aber auch als Ehre für den nördlichsten Stadtteil Stuttgarts.

Zwei Deutsche Meister aus Stammheim

Stammheim hat in diesem Jahr schon den zweiten Deutschen Meister vorzuweisen, was zum Erlangen des Titels sportlich erfolgreichster Stadtbezirk Stuttgarts 2010 beiträgt. Als Anerkennung und Würdigung der Deutschen Meisterschaft bat **Tina Hülle** nach ihrer Ansprache die Spieler des Meisterteams zum Eintrag in das Goldene Buch Stammheims.

Im Anschluss bedankte sich **Andreas Ortlepp**, 1. Vorstand der BSG der JVA Stuttgart, im Namen der Mannschaft für diesen Empfang. „Es ist ein emotional ebenso bedeutender Tag wie das Erringen der Deutschen Meisterschaft selbst. Die Ehre sich im Goldenen Buch Stammheims eintragen zu können, erfüllt alle in unserem Team mit Freude und Stolz zu gleich."

In einer kurzen emotionalen Abhandlung des Geschehens, der Gefühle und Erlebnisse rund um den 12. Juni in Berlin, zeichnete **Andreas Ortlepp** noch einmal den Gewinn der Deutschen Meisterschaft nach.

Erinnerungswimpel für die Bezirksvorsteherin

Dabei zeigte er sowohl den persönlichen und finanziellen Einsatz eines jeden Spielers des Teams im Rahmen der Vorbereitung auf die Deutsche Meisterschaft als auch den unbedingten Siegeswillen am 12. Juni in Berlin, gepaart mit der einmaligen Unterstützung der mitgereisten und dazugewonnen Fans auf. Während des Vortrags fühlten sich alle Anwesenden zurückversetzt, was die anschließende Bildershow noch intensivierte. Der folgende Stehempfang gab nun die Gelegenheit zum gegenseitigen Kennenlernen und ausgiebigen Gesprächen. Zum Abschluss des gelungenen Abends übergaben die Spieler einen Erinnerungswimpel an die Bezirksvorsteherin, welche dabei ihre Hoffnung auf eine Wiederholung des sportlichen Erfolgs des Volleyballteams der BSG der JVA Stuttgart aussprach.

Andreas Ortlepp

Nachruf

Der Ortsverband „Sozialtherapie" trauert um sein Mitglied

Klaus-Dieter Buchweitz

Amtsinspektor a.D.

* 17.01.1945 † 02.09.2010

Der Verstorbene prägte den Sanitätsdienst der Sozialtherapeutischen Anstalt Baden-Württemberg nachhaltig, zuletzt als sein Leiter.
Für seine Art war er bei Kollegen wie Vorgesetzten beliebt und geschätzt.
Wir werden Seiner in Ehren gedenken.

Für die Kollegen OVV

BSBD Ortsverband Bruchsal

Gelungener Jahresausflug führte nach Würzburg

Am Freitag, dem 29. 10. 2010, starteten wir pünktlich um 7.00 Uhr bei der Justizvollzugsanstalt Bruchsal und fuhren über die Autobahn Richtung Würzburg. Kurz vor Würzburg nahmen wir ein kleines Frühstück ein, um fit für die geplante Führung in der JVA Würzburg zu sein.

In der JVA Würzburg angekommen, begrüßte uns der dortige Ortsverbandsvorsitzende **Herr Rothaug** aufs Herzlichste, danach erklärte uns zunächst der stellv. Anstaltsleiter **Herr Mann** die Tagesabläufe und die Zuständigkeit der JVA Würzburg.

Bei einem Rundgang in zwei Gruppen wurden uns die Arbeitsbetriebe und die Zellengebäude gezeigt.

Im Anschluss daran hatte jeder noch Zeit, Würzburg alleine zu erkunden. Und so füllten sich die Gaststätten und Cafés in der Altstadt von Würzburg mit etlichen Bruchsalern.

Am späten Nachmittag nahmen wir wieder Abschied von Würzburg. Nach einer kurzen Pause auf der Heimfahrt ging mit unserer Ankunft in Bruchsal ein schöner und gut organisierter Tag zu Ende. Ein herzliches Dankeschön dem Vorstandsteam des Ortsverbandes Bruchsal um den Ortsverbandsvorsitzenden **Andreas Becker** für die Planung und Organisation dieses schönen Tages.

Nach einem informativen Rundgang durch die JVA Würzburg stellten sich die Ausflügler der Justizvollzugsanstalt Bruchsal dem Fotografen zu einem Erinnerungsfoto.

Informationen der Fachgruppenvertreterinnen

von Ines Pluta

In fast allen BSBD-Landesverbänden sind Fachgruppenvertreterinnen für weibliche Bedienstete vertreten:

Dies sind die derzeit amtierenden Ansprechpartnerinnen in den jeweiligen Bundesländern:

Baden-Württemberg:
Marita Tisljar
Marita.Tisljar@jvaschwaebischgmuend.justiz.bwl.de
Tel.: 07171 / 9126 -191)

Bayern:
Manuela Pfeifer
jvb-frauen@jvb-bayern.de
Tel.: 09421 / 546-340

Berlin:
Violetta Barkusky-Fuchs
n.v.fuchs@web.de
Tel.: 030 / 43679729

Brandenburg:
Marion Landes
Tel.: 03381 / 761 2610

Bremen:
Yvonne Wolter
(Yvonne.Wolter@JVA.Bremen.de
Tel.: 0421 / 36115375

Hamburg:
n. n.

Hessen:
Ines Pluta
frauen@bsbd-hessen.de
Tel.: 069 / 1367 1362

Mecklenburg/Vorpommern
n. n.

Niedersachsen:
Gabriele Mai, JVA Hannover

Nordrhein-Westfalen:
Heike Hertel
Heike.Hertel@jva-iserlohn.nrw.de
Tel.: 02378 / 83-0

Rheinland-Pfalz:
Marion Stauch
lfgv.weibl.bed.@bsbd-rlp.de

Saarland:
Tanja Scherer
scherer-tanja@gmx.de
Tel.: 06824 / 3060

Sachsen:
Ingrid Bernhardt

Sachsen-Anhalt:
Silke Gregor

Schleswig- Holstein:
Anke Pöhls
anke.poehls@jasl.landsh.de
Tel.: 04626 / 187492

Thüringen:
n. n.